

**Rede  
von**

**Sebastian Zinke, MdL**

zu TOP Nr. 36

Erste Beratung

**Zu menschenrechtsbasierter Flüchtlingspolitik  
zurückkehren - zentrale Abschiebungsbehörde des  
Landes verhindern!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3246

während der Plenarsitzung vom 29.03.2019  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Grünen-Fraktion, lieber Herr Onay, ich schätze Sie und Ihre Arbeit insbesondere im innenpolitischen Bereich. Ich glaube aber, dass Sie mit diesem Antrag und insbesondere mit der Wortwahl deutlich übers Ziel hinausgeschossen sind.

Wenn Sie der Landesregierung vorwerfen, quasi menschenrechtswidrig zu handeln, dann muss ich als Mitglied der größten regierungstragenden Fraktion das mit aller Deutlichkeit zurückweisen. Diese Landesregierung handelt nicht menschenrechts-widrig, und sie wird es auch in Zukunft nicht tun.

In bestimmten Politikbereichen und bei bestimmten Themen ist eine Polarisierung zu beobachten: auf der einen Seite extreme Befürworter, auf der anderen Seite extreme Gegner. Je nachdem, was man zu diesen Themen sagt, wird man von der jeweils anderen Seite in eine dieser Richtungen geschoben.

Das kann man - das darf ich aus dem Heidekreis sagen - z. B. beim Thema Wolf beobachten. Das hat man in den letzten Jahren aber auch im Bereich der Flüchtlings- und Migrationspolitik beobachten können. Da gibt es scheinbar - auch in der öffentlichen Debatte - nur Extreme: Entweder will man Tor und Tür öffnen, oder man ist im rechten Bereich anzusiedeln.

Ich hatte eigentlich gedacht, dass wir in den letzten Jahren auf einen pragmatischen Kurs gekommen sind, auch nachdem sich in Berlin alles ein bisschen beruhigt hat. Aber Ihr Antrag geht wieder genau in diese Richtung. Ich würde mir wünschen, dass wir einen pragmatischen Kurs finden.

Meine Damen und Herren,

uns eint ja das Ziel, ein offenes und tolerantes Land zu sein, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher Glaubensrichtung und Konfession friedlich zusammenleben, unter dem Dach des Grundgesetzes und unserer Gesetze. Aber zu diesen Gesetzen gehört auch das Ausländer- und

Aufnahmerecht, in dem geregelt ist, dass derjenige, der nicht in Deutschland bleiben kann, unser Land verlassen muss.

Sie haben ja die Zahlen angeführt, die eigentlich beweisen, dass man von einer menschenrechts-widrigen Politik der Landesregierung gar nicht sprechen kann: Im Jahre 2018 waren laut Ausländerzentralregister 815.000 Menschen in Niedersachsen, die eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten. 135.000 Menschen mit Fluchthintergrund waren darunter, und - Sie haben es gesagt – 22.500 dieser Menschen waren ausreisepflichtig. 17.000 Menschen hatten eine Duldung in diesem Land. Wir sprechen also von den Übrigen, von dem Delta.

Wenn man sich angeguckt, wie wir Abschiebungen machen, dann kann man nicht davon sprechen, dass hier ein menschenrechtswidriger Zustand bestehe. Im Jahre 2018 hat es 1.445 Abschiebungen oder Überstellungen nach dem Dublin-Übereinkommen gegeben. Über 4.800 Versuche sind aus ganz unterschiedlichen Gründen gescheitert. Die größte Position ist das Nichtantreffen der betreffenden Personen.

Neben vielen anderen Aufgaben hat der Staat auch die Aufgabe, diese Dinge durchzusetzen. Dann ist es doch nur richtig, dass die Landesregierung sich Gedanken macht: Wie kann man das so organisieren, dass der Staat seine Aufgabe richtig erfüllen kann?

Die Landesregierung hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich derzeit anguckt: Wie können die unterschiedlichen Ebenen zusammenarbeiten? Welche Aufgaben können gegebenenfalls zusammengefasst werden? - Ich rate dazu, dass wir abwarten, was diese Arbeitsgruppe erarbeitet.

Sie sagen, es könne nicht sein, dass das Ganze in *einem* Gebäude in Osnabrück stattfindet, dass Aufnahme und Abschiebung unter *einem* Dach untergebracht würden. Ich frage mich, ob Sie eigentlich nicht wissen, wie das heute organisiert ist. Schon heute ist die Landesaufnahmebehörde an Abschiebungen und an Rückführungen beteiligt. Insofern greift Ihr Vorwurf absolut zu kurz.

Deshalb rate ich, meine Damen und Herren, das abzuwarten, was die Landesregierung erarbeitet, und dann genau draufzugucken und auch zu diskutieren, ob das gut und richtig ist oder ob man Veränderungen vornehmen sollte. Insofern rate ich: Geduldig abwarten und verbal abrüsten!

Meine Damen und Herren, herzlichen Dank.